

**Drucksache 17/10637.** Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag zu **überweisen**. Die Überweisung des Antrags erfolgt an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend –, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Die sehen wir nicht. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP. Der Änderungsantrag trägt die Drucksachenummer 17/10733. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/10733** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** worden.

Drittens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/6748. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/10659, den Antrag mit der schon genannten Drucksachenummer 17/6748 anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst in der soeben geänderten Fassung – er ist ja mit Mehrheit geändert worden – und damit nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer also stimmt dem Antrag in der geänderten Fassung zu? – CDU und FDP tun das, was zu erwarten war. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthält sich wiederum die AfD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/6748 in der soeben geänderten Fassung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen SPD und Grüne bei Enthaltung der AfD **angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **4 Kommunalen Klimaschutz in NRW: Erneuerbare Energien für Strom und Wärme in NRW-Städten und -Gemeinden**

Große Anfrage 15  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/6988

Antwort  
der Landesregierung  
Drucksache 17/7697 – Neudruck  
Drucksache 17/8383

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/10729

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt Frau Kollegin Brems. Bitte schön, Frau Brems, Sie haben das Wort.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Klimaschutz ist für Städte kein Randproblem, sondern ein sehr zentrales mit wachsender Bedeutung. Das sagte Klaus Töpfer schon im Jahr 2005. Auf EU-, Bundes- und Landesebene werden die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für den Klimaschutz gesetzt. Die Umsetzung geschieht aber vor Ort in den Kreisen, Städten und Gemeinden. Dort sind auch die Auswirkungen von Klimawandel und verfehlter Energiepolitik auf höheren Ebenen zu spüren.

Um mehr über den Stand der Umsetzung der Energiewende in den nordrhein-westfälischen Kommunen zu erfahren, haben wir vor einem Jahr die Große Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die Beantwortung einer Großen Anfrage ist natürlich immer auch eine große Fleißarbeit, keine Frage. Dafür möchte ich ganz explizit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien danken.

Dass wir jedoch erst ein Jahr nach der Beantragung dieser Antwort diskutieren, hat leider dann die Landesregierung zu verschulden. In der ersten Antwort der Landesregierung hatte sie 20 Fragen – das sind 28 % unserer gestellten Fragen – nicht beantwortet. Erst nach einem deutlichen Hinweis haben wir zu einigen Fragen jetzt ergänzende Antworten erhalten.

Insgesamt zeigt die Antwort der Landesregierung, dass zwar für einige Energieträger detaillierte Daten vorliegen, der Landesregierung der Stand der Energiewende in den Kommunen zum Teil aber gar nicht bekannt ist. Ich habe sogar den Eindruck, dass es Ihnen ganz egal ist, wie der Stand ist. Das passt nämlich auch zum halbherzigen Einsatz der Landesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Zahlen der Großen Anfrage mittlerweile auch im Energieatlas zu finden sind. Das ist ein erster wichtiger Schritt, aber um die Energiewende zu steuern, braucht man ein richtig gutes dauerhaftes Monitoring. Daher müssen Sie dort und an anderen Stellen wirklich auch dauerhaft nacharbeiten, zum Beispiel bei der Aktualisierung der Potenzialstudie, bei der Analyse der Gelingensbedingungen oder auch der Hemmnisse vor Ort und bei der flächendeckend zu sichernden Finanzierung kommunaler Investitionen für Klimaschutzmaßnahmen, damit kommunaler Klimaschutz nicht weiter ein Privileg wohlhabender Kommunen bleibt.

Eines ist klar: Das Potenzial für die Energiewende in Nordrhein-Westfalen ist da. Wir können mehr Strom aus erneuerbaren Energien in NRW produzieren als wir aktuell verbrauchen, und auch genug Wärme für alle Gebäude in NRW wäre klimaneutral nutzbar.

Die Fortschritte in den letzten Jahren waren jedoch zum Teil überschaubar. So nutzt Nordrhein-Westfalen weiterhin nur etwa 1/8 der Potenziale beim erneuerbaren Strom und nur etwa 1/20 der Potenziale für erneuerbare Wärme.

Diese Landesregierung setzt sich zwar Ausbauziele – das ist ja erst einmal schön –, macht aber dann deren Erreichung mit ihrer eigenen Politik gleichzeitig unmöglich. Das passt nicht zusammen. Das fällt nicht nur mir auf, sondern auch den Menschen in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Um die Kommunen nicht weiterhin alleine zu lassen, ist es dringend notwendig, dass diese Landesregierung ihren großspurigen Ankündigungen endlich auch Taten folgen lässt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist notwendig, dass Sie die Nutzung der erneuerbaren Energien vor Ort erleichtern. Dazu gehört – ich nenne jetzt nur ein paar kurze Beispiele –, dass Sie auf die Mindestabstände für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung verzichten, dass Sie stattdessen mehr Bürgerenergieprojekte unterstützen und dafür sorgen, dass Menschen, Kommunen und die Wirtschaft im Umfeld von Windenergieanlagen davon auch profitieren können.

Es ist dringend notwendig, dass Sie die Hemmnisse bei der Photovoltaik abbauen. Es ist dringend notwendig, auch bei Freiflächen-Photovoltaik mehr zu tun. Das haben Sie bereits im Dezember 2019 angekündigt. Seitdem ist nichts passiert.

Sie müssen dafür sorgen, dass Biogasanlagen im Bestand gesichert sind.

Und – um auf die Wärme zu sprechen zu kommen – die Wärmewende darf nicht aus dem Blick geraten. Sie müssen eine Strategie der klimaneutralen Wärmeversorgung für Nordrhein-Westfalen vorlegen.

Wir haben diese und weitere Vorschläge in unserem Entschließungsantrag gemacht. Ganz im Sinne von Klaus Töpfers Zitat von Anfang des Jahres 2005 appelliere ich daher an Sie: Handeln Sie endlich nach Ihren Ankündigungen und stimmen Sie unserem Antrag und damit endlich einer Offensive für erneuerbare Energien in den Kommunen zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Brems. – Es spricht Herr Dr. Untrieser für die CDU-Fraktion.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich erst einmal ebenfalls wie Frau Brems bei den Mitarbeitern des zuständigen Ministeriums für die detaillierte Beantwortung der Großen Anfrage. Ich glaube, auch ein Dank an die vielen Mitarbeiter in den Kommunen ist angesagt, weil auch die sehr viele Daten und Fakten geliefert haben. Ich schließe auch Frau Brems ausdrücklich darin ein, weil es sehr interessant ist, dass so eine Große Anfrage hier gestellt worden ist.

Diese detaillierten Antworten geben uns ein sehr fundiertes Bild. Frau Brems, Sie haben zwar kritisiert, dass zu wenig Zahlen vorhanden seien. – Angesichts der Fülle an Tabellen jedoch, die gemeindefach zeigen, wieviel PV, wieviel Wind, wieviel Biomasse, Geothermie usw. in den Gemeinden schon installiert ist und was für ein Potenzial da ist, muss ich sagen: Es ist à la bonne heure, was wir hier aus dem Ministerium bekommen haben. Das ist eine sehr gute Einschätzung dessen, was an erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen möglich ist und noch zu tun ist.

Wir sehen es gerade im Kommunalwahlkampf: Jeder Bürgermeister-, Oberbürgermeister-, Landratskandidat schreibt sich auch auf die Fahnen, dass erneuerbare Energien in seiner Stadt, in seinem Kreis ausgebaut werden sollen. Ich halte das für ein gutes Zeichen, denn ich kann hier auch für die CDU-Fraktion sagen: Erneuerbare Energien sollen in Nordrhein-Westfalen stärker ausgebaut werden.

Gucken wir uns zum Beispiel die Photovoltaik an, ist noch ein großes Potenzial da. 68 Terawattstunden könnten in Nordrhein-Westfalen installiert werden, jedes Jahr erzeugt werden. Wir haben bisher nur 6 % genutzt. Da sieht man: Das Potenzial ist groß, und wir müssen es nutzen. Jede Kilowattstunde, die aus Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen erzeugt wird, ist eine Kilowattstunde, die eben nicht in Kohlekraftwerken oder Atomkraftwerken oder woanders erzeugt werden muss. Und das ist dezentrale Erzeugung, das ist vernünftig.

Deswegen haben sich die Landesregierung und auch die Fraktionen hier im Landtag stark dafür eingesetzt, dass die Bedingungen für Photovoltaik besser werden. Ich erinnere an den Einsatz zur Abschaffung des 52-Gigawatt-PV-Deckels, an den Einsatz für die Verbesserung von Mieterstrom oder jetzt kürzlich, wenn wir auf die Landesebene gehen, die Verbesserungen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes.

Es gibt auch die EnergieAgentur und die Klimanetzwerke NRW, die beraten. Um eins noch zu nennen: progres.nrw förderte zum Beispiel Speicheranlagen für Photovoltaik im letzten Jahr mit 12 Millionen Euro, im Jahr davor waren es erst 5 Millionen Euro. Da sehen wir eine tolle Tendenz, wie es weitergeht.

Bei der oberflächennahen Geothermie haben wir auch noch große Potenziale. 154 Terawattstunden

im Jahr könnten erzeugt werden. Das ist bilanziell mehr als die Hälfte des Bedarfs von Gebäuden in Nordrhein-Westfalen. Es sind aber erst 1 % erschlossen und werden genutzt. Das zeigt, dass wir da noch weiter vorangehen müssen. Das wollen wir auch.

Nur wenn Sie jetzt fragen, Frau Brems, warum das nicht schon stärker geschehen ist, dann muss ich den Ball zurückspielen. Denn gerade diese Landesregierung und die Fraktionen, die sie tragen, setzen sich dafür ein, dass Geothermie stärker ausgebaut wird. Wir fangen jetzt erst einmal an zu schauen: Ist der Ausbau hier und dort auch konkret möglich?

In Ihrer Regierungszeit von sieben Jahren haben Sie es nicht einmal geschafft, eine Potenzialstudie zu machen oder zu schauen, ob der Boden unter unseren Füßen für Geothermie geeignet ist.

Die Landesregierung hat seit Anfang 2019 ein EU-INTERREG-Projekt aufgesetzt, mit dem landesweit eine Charakterisierung des karbonzeitlichen Kohlekalks dargestellt werden soll. Solche Sachen haben Belgien und die Niederlande schon viel früher initiiert. Die sind deswegen auch weiter. Sieben Jahre haben Sie geschlafen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen gab es keine Kenntnisse, was wir alles machen könnten.

Die alte Leier mit dem Wind hören wir mittlerweile von Ihnen auch immer wieder. Dazu nur zwei Zahlen: Im ersten Halbjahr 2020 war Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter aller Bundesländer beim Bruttozubaubau mit 115 Megawatt, und bei der Ausschreibung im Jahr 2020 war NRW auf dem zweiten Platz. Wenn Sie immer weiter sagen, diese Ziele der Landesregierung seien nicht ambitioniert und die Maßnahmen passten nicht, dann schauen Sie sich mal die Zahlen an. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube, diese schwarz-gelbe Koalition betreibt viel stärker Erneuerbare-Energien-Politik als Sie vorher. Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Klimaschutz ist zu einem großen Teil auch auf der kommunalen Ebene wichtig, denn wenn ich PV installieren will, bin ich beim einzelnen Gebäude, beim städtischen Gebäude, beim Einfamilienhaus, beim Mehrfamilienhaus, bei der Gewerbefläche. Deswegen ist es wichtig, dass das Land auch den kommunalen Klimaschutz weiter unterstützt. Das war bisher so, und jetzt gibt es noch mal einen besonderen Aspekt durch das Konjunkturpaket I, mit dem zusätzlich 127 Millionen Euro in das Investitionsprogramm Klimaschutz und Energie fließen.

Sie sehen also, dass es viele Maßnahmen gibt, die in die richtige Richtung gehen.

Für uns als CDU-Fraktion ist weiter wichtig, Erneuerbare im ganzen Land auszubauen. Deswegen leisten

wir einen guten Beitrag zum Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Dr. Untrieser. – Nun spricht Herr Kollege Stinka für die SPD-Fraktion.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Untrieser, Sie betonen häufig, dass Sie den regierungstragenden Fraktionen angehören würden. – Ich habe in Ihrem Vortrag nichts gehört, was auf das Handeln der schwarz-gelben Regierung hinweist. Stattdessen haben Sie sich auf Zahlen ausgeruht, die die rot-grüne Landesregierung unter der Führung von Hannelore Kraft organisiert hat.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist nicht wahr! Sie haben nicht zugehört!)

Es gibt eine EnergieAgentur. – Das ist ein Schlüssel-satz, den Sie hier gebracht haben. Sie haben nichts dazu beigetragen.

Wenn Sie auf die Zahlen schauen, wissen Sie, dass wir im ganzen vergangenen Jahr beim erneuerbaren Strom einen Zuwachs von 0,5 am Gesamtverbrauch hatten. – Dass sich eine schwarz-gelbe Landesregierung mit 0,5 hervortut, ist der Tiefpunkt dessen, was Sie hier an Energiepolitik leisten, Herr Untrieser. – So viel von uns dazu.

(Beifall von der SPD)

Als Industrieland Nordrhein-Westfalen stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen. Die Atomkraft wird auslaufen, die Kohleverstromung wird per Gesetz beendet. Das ist für Nordrhein-Westfalen natürlich eine enorme Aufgabe. Der Anteil erneuerbarer Energien – das haben wir gerade schon gehört – wächst eben nicht von alleine. Wir müssen eine Transformation organisieren.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen hat eines gezeigt: Es gibt in Nordrhein-Westfalen enorme ungenutzte Potenziale. Es gibt viele Möglichkeiten, den Einsatz erneuerbarer Energien innovativ und zukunftssicher aufzustellen.

Herr Untrieser, Sie führen immer wieder aus, dass Sie das von der Vorgängerregierung übernommen hätten. – Ich will Sie nur daran erinnern, dass Sie schon fast dreieinhalb Jahre lang regieren. Ich hätte erwartet, dass Sie hier einen ganzheitlichen Ansatz zum Thema „Energiewende“ vorstellen – leider Fehl-anzeige.

Es bleibt Ihnen, Herr Dr. Untrieser, nicht erspart, dass ich noch mal das Thema „Energiewende und Windkraft“ aufrufe. Eines verstehen Sie nämlich an

der ganzen Debatte nicht: Abstandszahlen bringen nichts für die Akzeptanz. Dann würden viele andere Industrieanlagen anders dastehen.

Wenn Sie bei einem der großen Träger der erneuerbaren Energien, nämlich der Windkraft, die Akzeptanz politisch infrage stellen, müssen Sie auch den Mut haben, die Frage zu beantworten, was alternativ organisiert werden soll. Finden wir dazu etwas? – Fehlanzeige. Sie bleiben die Antwort schuldig und sägen an einem erneuerbaren Ast. So kommen Sie nicht weiter.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind beim Thema „Windkraft“ gescheitert; die Antwort liegt bis heute nicht vor. Sie wissen genau, dass die Akzeptanz mit dem Abstand nichts zu tun hat. Ich habe im Ausschuss mehrfach darauf hingewiesen, aber Sie bleiben weiterhin bei Ihrer Haltung.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ihre Haltung ist rückwärtsgewandt, weil Sie nicht den Mut haben, den Menschen deutlich zu sagen, dass es, wenn man die Energiewende will, Veränderungen im Netzausbau und Veränderungen bei der Erzeugung von Energie geben muss.

Für das Gelingen der Energiewende werden die Kommunen als Akteure und Partner natürlich fest an der Seite aller übrigen Akteure gebraucht. Sie entwickeln schon heute Klimaschutzkonzepte und setzen diese gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern mittels vieler Maßnahmen um.

Schwerpunkte dabei sind die Förderung der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz, was sich beispielsweise durch energetische Gebäudesanierung sowie Stadt- und Quartiersentwicklung ausdrückt. Deshalb brauchen die Kommunen für eine gemeinsame koordinierte Planung und für eine klare Finanzplanung die Landesebene.

Über einen Satz im Entschließungsantrag der Grünen habe ich mich gewundert. Ich finde es keineswegs überraschend, dass Bottrop beim Ausbau des Windenergiepotenzials mit fast 90 % in Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter unter den kreisfreien Städten ist. Das Modellprojekt InnovationCity, das in enger Abstimmung mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und dem SPD-Oberbürgermeister Bernd Tischler initiiert worden ist, zeigt eindrucksvoll, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern durch Aufklärung und klare Ansprachen Veränderungen hinbekommen.

Hier werden Blaupausen erzeugt, die man im ganzen Land ausrollen kann und mit denen man in der Praxis vor Ort deutlich macht, wie ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen tatsächlich umgebaut wird.

Das Thema „Wärmeversorgung“ ist bereits angesprochen worden. Die Wärmewende fährt leider häufig im Windschatten der Stromnutzung. Die ober-

flächennahe Geothermie haben wir bei uns im Ausschuss thematisiert, und die Sozialdemokraten stehen dem offen gegenüber. Wir hatten unzählige Anhörungen dazu, Herr Dr. Untrieser.

Sie müssen dann aber auch springen. Mit Pilotprojekten muss Schluss sein, damit wir in die Anwendung kommen. Wir können nicht feststellen, dass von Ihrer Landesregierung Anwendung organisiert wird. Wir können auch nicht feststellen – das noch mal zum Thema „Akzeptanz“ –, dass Sie eine Akzeptanzoffensive für diese nicht immer unumstrittene Technik fahren – Fehlanzeige. Eine Anhörung, Herr Dr. Untrieser, reicht nicht, um die Energiewende zu organisieren.

Abschließend kann ich für die sozialdemokratische Fraktion feststellen: Wir brauchen eine solidarische Energiewende mit den Kommunen und mit den Bürgern, die sozial abgefedert werden muss. Die Akzeptanz ist dort zu finden, wo alle Menschen in der Kommune diese Energiewende wegen klarer Preisvorstellungen als ihren Vorteil erkennen können. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Stinka. – Jetzt spricht Herr Brockes für die FDP-Fraktion.

**Dietmar Brockes<sup>3)</sup> (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Stinka, ich finde es, ehrlich gesagt, peinlich, wenn Sie aus Ihrem Manuskript Kritik am Kollegen Untrieser vorlesen, obwohl er eben etwas gesagt hat, was diese Kritik widerlegt. Er hat nämlich eben mit ganz aktuellen Zahlen Hinweise zu dieser Landesregierung gegeben und sich nicht – wie Sie behaupten – auf alte Zahlen berufen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf)

Ich möchte mich bei der Grünenfraktion ganz herzlich für diese Große Anfrage bedanken. Mein Dank gilt natürlich auch denjenigen in den Häusern und den Kommunen, die dazu beigetragen haben, sie zu beantworten.

Denn das gibt uns die Möglichkeit, einmal mehr darüber zu sprechen, wie erfolgreich, ambitioniert und akzeptanzgesichert diese Landesregierung beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorangeht. Wir als NRW-Koalition verfolgen keinen einseitigen Fokus beim Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern schöpfen die ganze Breite erneuerbarer Technologien aus. Wir unterstützen insbesondere neue innovative Ansätze, und wir sind nicht einseitig auf eine Technologie festgelegt.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Beispiele nennen:

Bei der Windenergie nutzen wir die Ausbaupotenziale unter Einhaltung notwendiger Akzeptanz. Deshalb ist Nordrhein-Westfalen auch auf dem dritten Platz bei der kumulierten Betrachtung aller zehn bisherigen Ausschreibungsrunden des Bundes mit 251 genehmigten Windenergieanlagen und einer Leistung von 907 MW. Dies zeigt, meine Damen und Herren, dass wir im Ländervergleich als Binnenland sehr gut liegen. Die nun durch den Bund vorgelegte 1.000-Meter-Abstandsregelung werden wir landesweit unter Berücksichtigung der Ziele des Koalitionsvertrages entsprechend umsetzen und so eben auch für mehr Rechtssicherheit sorgen.

Meine Damen und Herren, durch die Abschaffung des 52-GW-Deckels kann die Photovoltaik nun auch ihre umfänglichen Potenziale endlich entfalten. Dies ist eine Forderung, die wir hier schon mehrfach parlamentarisch aufgestellt haben, die mit Sicherheit dazu beitragen wird, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Photovoltaik deutlich ausbauen können.

Unser Entfesselungspaket II sieht vereinfachte und klarere Rahmenbedingungen für Photovoltaik in der Fläche vor. Mit dem Entfesselungspaket IV können auch Randstreifen und überregionale Schienenverbindungen genutzt werden. Außerdem sieht es Anreize bei der regionalen Wirtschaftsförderung mit einem Bonussystem vor.

Mit diesen Instrumenten wollen wir die vorhandene installierte Leistung von 11,5 GW Photovoltaik verdoppeln, meine Damen und Herren, und das, glaube ich, ist wirklich bemerkenswert.

Für die mitteltiefe und perspektivisch auch die tiefe Geothermie bestehen in Nordrhein-Westfalen durch die Infrastruktur des Altbergbaus besonders chancenreiche Bedingungen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen, vor allem im Ruhrgebiet, aber demnächst auch im Rheinischen Revier, hervorragende Forschungsstandorte im Bereich der Geothermie, die hierzu sehr wertvolle Impulse geben.

Die oben genannten Entfesselungspakete enthalten auch Verbesserungen für Geothermienutzer. Sie beseitigen rechtliche Hemmnisse, die von Ihnen teilweise geschaffen wurden, sehen ein digital zusammengeführtes Genehmigungsverfahren vor, und für Tiefengeothermie-Vorhaben prüft das Wirtschaftsministerium Instrumente zur besseren wirtschaftlichen Absicherung der Tiefenbohrungen.

Meine Damen und Herren, der Klimaschutz hat insgesamt einen äußerst hohen Stellenwert in der Landespolitik. Die Haushaltsmittel für den Klimaschutz wurden in diesem Jahr im Vergleich zu 2017 – Herr Stinka, Ihr letztes Jahr – mehr als verfünffacht. Die Mittel setzen wir gut ein. Denn wir fördern damit Innovationen und die Erforschung moderner Technologien. Diese Politik hilft dem Klima mehr als alle überhöhten Sonntagsreden unserer grünen Kollegen, meine Damen und Herren.

Klimaschutz ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die nur unter Beteiligung aller betroffenen Akteure erfüllt werden kann. Daher ist die NRW-Koalition in einem ständigen Austausch mit diesen Akteuren.

Neben der Verantwortung für den Klimaschutz haben wir aber auch Verantwortung für die Menschen. Es muss sichergestellt werden, dass der Strom bezahlbar bleibt, dass die Versorgung gesichert ist. Unsere Politik zielt darauf ab, Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit in Einklang zu bringen.

Verschiedene Förderprogramme unterstützen uns auf diesem Weg. Ich will hier auch *progres.nrw* nennen. Hierüber werden zum Beispiel indirekt der BV-Ausbau in den Kommunen, Solarthermie und Wasserkraft gefördert. Auch die EnergieAgentur.NRW leistet hier als operative Plattform einen wertvollen Beitrag. Diesen Weg, meine Damen und Herren, werden wir weiterhin erfolgreich beschreiten und dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen mit erneuerbaren Energien auch weiterhin Energieland Nummer eins in Deutschland bleibt. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Brockes. – Jetzt hat Herr Loose für die AfD-Fraktion das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wetter ausgerechnet durch lokale Maßnahmen verändern zu wollen, das grenzt an Hybris.

Die Grünen fordern Klimaschutz in Städten und Gemeinden, heißt es. Aber was bedeutet das genau? Wo werden die Windindustrieanlagen stehen? Wo werden die Biomassekraftwerke stehen? Wo werden die E-Autos fahren, und wer trägt die Lasten?

Die Antworten liegen auf dem Land. Auf dem Land stehen all die Windindustrieanlagen, nicht aber in der Stadt. Auf dem Land stehen die Biomassekraftwerke, nicht aber in der Stadt. Auf dem Land fahren aber nicht die E-Autos, die fahren – dank E-Auto-Bonus – in der Stadt. Auf dem Land wird das Ganze bezahlt: durch die Zerstörung der Kulturlandschaft, durch die Gesundheit der Menschen, und ebenso wird das Ganze bezahlt durch die Fleißigen in unserem Land, seien es die Handwerker, die Reinigungskräfte oder auch die Lagerarbeiter.

Deshalb ist Ihre Politik auch eine Politik gegen die Bevölkerung auf dem Land und gegen die Fleißigen bei uns in Deutschland.

Gehen wir auf die unterschiedlichen Energieträger im Detail ein:

Wasserkraft gibt es seit mehr als 100 Jahren, läuft ohne Subventionen, und alle Standorte sind vergeben. Können wir also abhaken.

Windmühlen sind eine Erfindung des Mittelalters, technisch längst überholt und könnten ebenfalls abgehakt werden, wäre da nicht die Windkraftlobby.

Interessant bei den Antworten der Landesregierung ist übrigens, dass beim Ermitteln des Potenzials der Schutz von Menschen und Tieren unberücksichtigt bleibt. Vogelschutz und Insektenschutz spielen keine Rolle. Wertvolle Waldbiotop spielen keine Rolle. Infrarot und Schlagschatten spielen keine Rolle.

Jedes Argument wird zugunsten der Windmillionäre beiseite gewischt, damit diese ihre Industrieanlagen in die Umwelt setzen können.

Doch was leisten diese Windindustrieanlagen eigentlich in der Realität? – Schauen wir uns doch einmal den 8. August 2020 an. Es ist morgens, 10:30 Uhr, Hochdrucklage in Deutschland. Alle Windindustrieanlagen in Deutschland produzieren 153 MW. Das sind nicht einmal 20 % eines modernen Kohlekraftwerks. 153 MW von mehr als 62.000 MW installierter Leistung. Das soll Ihre Zukunft sein?

Was das bedeuten kann, haben wir in der letzten Woche in Kalifornien gesehen: 2 Millionen Menschen wurde der Strom abgestellt. – So sieht Ihre Zukunft aus.

Nächster Punkt: Geothermie. Man bräuchte in NRW allein 300 Geothermiekraftwerke, die 3.000 m tief gebohrt werden, um nur ein einziges Kohlekraftwerk zu ersetzen. – Das können wir also auch vergessen.

Kommen wir zu den Photovoltaikanlagen. Interessant ist, dass die Landesregierung und auch die Grünen dort die theoretische Kenngröße Gigawatt Peak heranziehen. Das ist allerdings ein Maximalwert, der nur unter Laborbedingungen erreicht werden kann, mittags um 12:00 Uhr bei 25 Grad Celsius Umgebungstemperatur. Es kommt aber nicht auf die theoretischen Werte an, sondern auf das, was in der Realität dabei rauskommt.

Schauen wir uns das Jahr 2018 an. Damals haben die installierten Solarzellen nur 9,3 % ihrer möglichen Leistung erbracht – 90 % Leerleistung!

Und wo sollen die ganzen PV-Anlagen stehen? – Die neueste Idee sind die Freiflächen: Wälder, Naturschutzgebiete, landwirtschaftliche Flächen für den Nahrungsmittelanbau oder gar neue Bauplätze. – Das können Sie alles vergessen, denn diese Parteien hier wollen dort Windindustrieanlagen hinbauen. Nochmals: 90 % Leerleistung!

Biomasse: Der Anbau der Biomasse braucht ebenso Flächen. Wenn man den Strombedarf in NRW damit decken wollte, bräuchte man dafür mehr als 7 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche. Wir haben in NRW aber nur etwa 1 Million Hektar an landwirt-

schaftlicher Fläche. Also ist das ebenfalls total unrealistisch: kann weg. Mit klaren Worten: Es ist unmöglich, den Energiebedarf über diese Energiepflanzen zu decken.

Bedenken Sie: Alle zehn Sekunden stirbt auf der Welt ein Kind an Hunger. Die Grünen und Sie alle wollen diese Kinder nicht retten, indem Sie mehr Nahrungsmittel anbauen. Nein, Sie wollen diese Menschen retten, indem Sie die Äcker für die Tankstellen nutzen.

Und dafür zahlen in Deutschland die Fleißigen am Ende 25 Milliarden Euro EEG-Kosten. Das sind die Zusatzkosten, die gezahlt werden: 25 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das ärmste Land der Welt, Südsudan, hat eine Wertschöpfung, ein Bruttoinlandsprodukt von nur 12 Milliarden Euro – und Sie verschenken den doppelten Wert an die Windmillionäre! Aber nicht mit uns! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die dazu beigetragen haben, die umfangreiche und detaillierte Anfrage zu beantworten. Das bezieht sich insbesondere auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kommunen, die sich an unserer Befragung, auch an der ergänzenden Onlinebefragung, beteiligt haben.

Natürlich auch einen besonderen Dank, liebe Frau Brems, an Sie und Ihre Fraktion für die Fragen, aber vor allen Dingen auch für Ihr Verständnis, dass wir nicht alle Fragen sofort und in der Qualität beantworten konnten, wie wir das auch gerne hätten tun wollen, weil es diese Datenerhebung schlicht und ergreifend bislang nicht gab. Wir haben dann noch einmal nachgearbeitet. Das hat etwas Zeit gebraucht – Sie haben darauf hingewiesen –, aber ich hoffe, dass heute etwas vorliegt, mit dem wir zusätzliche Erkenntnisse gewinnen können.

Die Erkenntnisse, die wir gewinnen, sind ein differenzierter Blick auf den Ausbaustand der erneuerbaren Energien im Land Nordrhein-Westfalen insgesamt wie auch in unseren Kommunen. Wir sehen da unterschiedliche Potenziale und eine unterschiedliche Nutzung dieser Potenziale. Wir sehen, dass sich einige Erneuerbare noch nicht so weit entwickelt haben, wie es vielleicht auch möglich gewesen wäre.

Herr Stinka, das können Sie bis Juni 2017 auf Ihr Konto schreiben, dann müssen Sie sich aber auch

mit der Differenziertheit des Ergebnisses zufrieden geben, müssen

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

deutlich machen, dass manches sehr einseitig vorentwickelt worden ist und die neue Regierung nicht nur daran anknüpft, sondern auch kräftig Gas gibt bei den Erneuerbaren – und zwar nicht einseitig nur beim Wind, sondern bei allen erneuerbaren Energien.

Das halte ich auch für dringend notwendig, wenn wir unsere Ziele, die wir in der Energieversorgungsstrategie festgelegt haben, erreichen wollen. Wir gehen raus aus Kohle, wir gehen rein in die Erneuerbaren – das müssen wir in den nächsten Jahren konsequent und akzeptanzgesichert fördern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei PV – so viel, Herr Stinka, zu Ihrer Leistungsbilanz – haben wir in 2019 doppelt so viel Zubau erleben können wie im Fünfjahresdurchschnitt jährlich zuvor. Das heißt, gerade dort, wo es sich in Nordrhein-Westfalen in den Jahren zuvor eher zurückhaltend – um es freundlich zu formulieren – entwickelt hat, haben wir deutlich aufholen können. Die ersten zwei Quartale dieses Jahres deuten darauf hin, dass das in diesem Jahr eher noch besser werden könnte.

Obwohl es bei PV schon deutlich besser läuft, sind wir damit noch längst nicht zufrieden – auch mit Blick auf unsere Ausbaupläne 2030, wo wir die Photovoltaik insgesamt mehr als verdoppeln wollen.

Deswegen haben wir viele Initiativen ergriffen. Wir haben mit dafür gesorgt, dass im Bundesrat am 3. Juli 2020 der 52-GW-Photovoltaikausbaudeckel abgeschafft worden ist. Wir haben im Entfesselungspaket V vorgesehen, dass im Zuge der Novelle des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes der Bau von PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Bauwerken erleichtert wird, so wie es in Hessen schon seit Jahren möglich ist – das hätten Sie damals auch schon machen können, Herr Stinka.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen erstmalig als Landesregierung einen Fahrplan für den Ausbau von PV auf landeseigenen Gebäuden vorgelegt. Wir haben die ersten 80 Pilotgebäude – Gerichte, Finanzämter und Polizeiwachen – jetzt in die Planung geben können.

Wir haben – das ist auch im Rahmen des Konjunkturprogramms „Corona“ bereits angesprochen worden – zusätzliche Mittel zur Installation von PV-Anlagen bereitgestellt. Wir haben im „Programmbe-  
reich Emissionsarme Mobilität“ zusätzliche 35 Millionen Euro für die Beschaffung von Ladeinfrastrukturen in Verbindung mit PV-Anlagen bereitgestellt.

Wir haben in der Umsetzung des fünften Entfesselungspaketes bei der Bezirksregierung Köln erste

Vorhaben von PV-Flächenanlagen auch entlang von Bundesautobahnen.

Wir ergänzen entsprechend die Potenzialstudie zu PV-Flächenanlagen und die Integration der Flächen in das landesweite Solarkataster durch das LANUV, um damit eine öffentlich zugängliche Informationsquelle zu haben. Das alleine nur zu PV – in wenigen kurzen zeitlichen Abständen!

Lassen Sie mich noch etwas zum Wind sagen, der hier immer viel diskutiert ist. Auch für den Wind in Deutschland haben wir in den letzten drei Jahren aus Nordrhein-Westfalen viele Verbesserungen im Bund angeregt. Ich will, lieber Herr Stinka, hier auch noch einmal mit aller Fairness sagen: Es war doch Ihr Bundesenergieminister Gabriel, der die Windenergie in Deutschland mit seiner Regelung nahezu zum Erliegen gebracht hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deren Änderung haben wir Nordrhein-Westfalen im Bundesrat zum Erfolg geführt und damit die Regelung überwunden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, klar.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist freundlich. – Frau Düker, bitte schön.

**Monika Düker (GRÜNE):** „Windenergie“ war das Stichwort. Herr Minister, danke für die Zulassung der Zwischenfrage. – Wir haben seit Kurzem die Bilanz des Jahres 2019; sie wurde auch vom Landesverband „Erneuerbare Energien“ kommentiert. Sie kennen zwar die Zahlen, aber ich möchte sie noch einmal nennen. Laut der Veröffentlichung, die im Netz einsehbar ist, lag der Zuwachs bei Wind im Jahr 2018 bei 355 GW. 2019 waren es magere 125 GW.

Um Ihr selbstgestecktes Ziel, die Verdoppelung bis 2030 auf der Basis 2018, zu erreichen, ist, glaube ich, rechnerisch ein Zubau von 750 MW erforderlich. Das heißt, bei 125 im Jahr 2019 gibt es noch ein wenig Luft nach oben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Kollegin, stellen Sie bitte Ihre Frage!

**Monika Düker (GRÜNE):** Wie wollen Sie im Hinblick auf diese zurückgehenden Zahlen das von Ihnen genannte Ausbauziel erreichen, und wie wollen Sie den Wind stärker fördern?

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Liebe Frau Düker, das kann ich Ihnen ganz einfach beantworten. Dieses Ziel wollen wir dadurch erreichen, dass wir die Rahmenbedingungen für einen akzeptanzgesicherten Ausbau der Windenergie in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen wiederherstellen. Das ist genau das, woran wir arbeiten.

Dass es jetzt in Berlin gelungen ist, die von uns formulierte Forderung durchzusetzen, nämlich die Akzeptanz des Windausbaus auch dadurch zu fördern, dass wir zu einer bundeseinheitlichen und damit rechtssicheren Mindestabstandsregelung kommen, ist ein absoluter Durchbruch.

(Monika Düker [GRÜNE]: Welche denn? Die gibt es ja nicht!)

Ihr Parteivorsitzender, Herr Habeck, hat das im Übrigen auch öffentlich eingefordert. Er hat auch gesagt, 1.000 sollten es mindestens sein. Das ist jetzt geregelt worden. Endlich haben wir eine Ausgangslage.

Wir werden das hier verantwortungsvoll, akzeptanzsichernd und dann auch unsere Ausbauziele erreichend umgestalten und ausfüllen. Diese Rahmenbedingungen mussten aber erst geschaffen werden; sie lagen nicht vor. Im Gegenteil: Wir hatten im Bund Rahmenbedingungen, die die Windenergie bundesweit zum Einbruch gebracht haben.

Diese nicht sehr schöne Bilanz, die Sie vortragen, ist für die anderen Bundesländer noch viel schlechter. Wir sind mit dem Ergebnis 2019 das Bundesland mit dem drittstärksten Ausbau. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sehen Sie nur einmal, welche Zuwächse Länder wie Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr verzeichnen! Das geht gegen null.

Was eben von Dietmar Brockes angesprochen wurde, ist auch ein Teil der Antwort auf Ihre Frage, wie es weitergehen soll. – Es geht so weiter, dass wir jetzt in einem geordneten rechtlichen Rahmen, mit einer entsprechenden stärkeren Akzeptanz und mit verkürzten Rechtswegen und Planungszeiträumen zu einer schnelleren Umsetzung gelangen, zum Beispiel von 1.060 MW Windkapazität, die in Nordrhein-Westfalen – Frau Düker, wenn Sie das vielleicht auch zur Kenntnis nehmen wollen – schon genehmigt ist und jetzt nur noch gebaut werden muss. Damit ist Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den meisten genehmigten Windkraftanlagen in ganz Deutschland. Das müssen Sie sich einmal vorstellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt müssen wir das nur schnell umgesetzt bekommen, damit sie auch tatsächlich ans Netz gehen können.

Interessant ist auch, dass in den bisherigen 16 Ausschreibungsrunden für Windenergieanlagen an Land nach einer aktuellen Auswertung durch die Fachagentur Windenergie Windenergieanlagen aus Nordrhein-Westfalen mit einer Leistung von über 1.328 Megawatt erfolgreich waren; das sind Angaben vom 13. Juli 2020. Nur Brandenburg liegt hier vor Nordrhein-Westfalen.

Und dann sagen Sie doch noch allen Ernstes, wir würden nicht genug für den Wind tun! Frau Düker, sagen Sie das einmal Ihren Parteifreunden in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und andernorts. Sie sollen sich auch einmal anstrengen; dann kommen wir mit der Energiewende in Deutschland besser voran.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Last, but not least – wenn ich diesen Satz mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit noch sagen darf, Herr Präsident – konnten wir, das hat die Debatte gezeigt, natürlich auch wichtige Fortschritte bei anderen Themen erzielen, und daran wollen wir weiter arbeiten. Für uns ist das die Geothermie, und zwar auch die Tiefengeothermie.

Wenn wir uns von der Kohle verabschieden, dürfen wir nicht nur an den Strom und an die Mobilität denken, sondern wir müssen auch an die Wärme denken. Wenn wir auf Erneuerbare setzen wollen, werden wir da aber nur weiterkommen, wenn wir die Geothermie in Nordrhein-Westfalen wo immer möglich nutzbar machen. Wir haben jedoch gute geologische Voraussetzungen. Ich freue mich, dass wir uns jetzt endlich daran machen, ein Kataster zu erstellen; das hätte auch alles schon vorliegen können. Wir arbeiten nun daran.

Wir wollen alle Technologien technologieoffen nutzbar machen, um unser Land nachhaltig, klimaneutral und energetisch zu versorgen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Minister. – Frau Brems hat sich für die Grünenfraktion zu Wort gemeldet. – Sie haben noch 27 Sekunden Redezeit.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss noch einmal kurz etwas sagen, weil mich das, was ich hier gehört habe, an einigen Stellen wirklich fassungslos und auch sauer macht.

Nehmen wir Herrn Brockes mit seiner Geothermie. Er verweist immer darauf, dass wir beim Wind nicht so viel machen müssten, wir hätten doch so viel Geothermiepotenzial.



Ehrlich gesagt haben wir das beim Strom im Grunde genommen kaum. Sie verwechseln da immer Strom und Wärme.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Alles, auf das Sie hinweisen ...

(Unruhe)

Beim Großteil der angekündigten Maßnahmen aus den Entfesselungspaketen ist bisher nichts passiert, Herr Brockes. Wo ist das Konzept für Photovoltaikanlagen entlang von Autobahnen usw. usf.?

(Zuruf)

Dann möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, den Herr Untrieser und jetzt eben auch Herr Pinkwart genannt haben. Sie sagten, wir in Nordrhein-Westfalen seien besser als andere Bundesländer, und damit sei für Sie alles in Ordnung. – Der Zubau ist so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Sie können hier doch nicht mit der Haltung stehen: Wenn es woanders noch schlechter läuft, dann können wir einfach so weitermachen wie bisher. – So funktioniert das bei der Energiewende nicht. Das ist schlicht und einfach ein Armutszeugnis.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das haben Sie doch verursacht!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Brems. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Aussprache schließen und feststellen, dass die **Beratung der Großen Anfrage 15** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgeschlossen** ist.

Wir kommen noch zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/10729. Wer stimmt der Entschließung zu? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD sowie Herr Pretzell, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/10729** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt** – gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Wir kommen zu:

## **5 Maskenzwang an den Schulen in NRW sofort aufheben – Kinder und Jugendliche aus der Geiselnhaft einer Angstpsychose befreien!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/10644

Am Pult steht bereits Herr Seifen für die AfD-Fraktion bereit. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Helmut Seifen (AfD):** Vielen Dank. – Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD bringt die immer lauter werdenden Hilferufe aus Eltern-, Schüler- und Ärzteschaft gegen den Maskenzwang an den Schulen hier ins Parlament ein, um ihnen Gehör zu verschaffen und als Teil der Legislative die Exekutive zur Vernunft zurückzubringen.

Denn die fundierte Kritik gegen den Maskenzwang in der Öffentlichkeit verhallt leider ungehört, wird von den Medien kaum aufgegriffen und von der Regierung ignoriert. Mit Datum vom 4. August 2020 haben zum Beispiel 190 Ärzte der Ministerin Gebauer in einem offenen Brief dargelegt, welche Schäden der Maskenzwang bei den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften hervorrufen kann. Aber die Ministerin reagiert nicht und schweigt dazu. Dabei hätte Sie der Brief aufrütteln müssen, Frau Gebauer, wenn Sie wirklich am Wohl der Ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler interessiert sind.

(Beifall von der AfD)

Die Ärzte sprechen in ihrem Brief davon, dass die Masken fundamentale Elemente der Erziehung, des Lernens und der Sozialentwicklung in erheblichem Maße beschneiden. Lernen und Verstehen in diesem Alter gelingen nur durch eine intensive soziale Beziehung zwischen Lehrern und Schülern und natürlich auch zwischen den Schülern untereinander. Moralische Erfahrungen wie Würde, Respekt, Integrität oder Anstand entwickeln sich eben nicht virtuell und werden durch die Masken in höchstem Maße behindert. Deshalb seien die Masken in höchstem Maße lern- und entwicklungsgefährdend – so die Ärzte.

Weiter führen sie aus, dass sie in ihren Sprechstunden eine wachsende Zahl von Kindern mit Anzeichen der Überforderung erleben, die durch die ihnen aufgebürdeten Verhaltensregeln und die Verantwortungslast für das Leben ihrer geliebten Angehörigen verursacht seien. Sie reagieren mit Angst vor eigenem Erkranken und Sterben ebenso wie vor dem ihrer Lieben. Sie entwickeln Schlafstörungen und Verhaltensstörungen wie Waschzwänge.

Eine Berührung ist für viele zur Bedrohung geworden. Dies habe verheerende Folgen für ihre gesamte Beziehungsentwicklung und ihr Beziehungsverständnis. Nichts haben Kinder in diesen Monaten intensiver gelernt als: Ich bin eine Gefahr für andere, und andere sind eine Gefahr für mich.

Die anhaltende Verwendung von Angst erzeugenden Bedrohungsszenarien durch Medien und Regierung in dieser Krise erzeuge eine Angst, welche die Kinder, die Eltern und die Bevölkerung insgesamt schwächt und verängstigt – so die Ärzte in ihrem Brief. Dass auch Lern- und Verstehensprozesse in einer solchen Situation nur unvollkommen gelingen können, liegt da wohl auf der Hand.